

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 118

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit Austr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Montag, den 7. Oktober

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Kleinanzeigen 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Erstes Blatt.

Bekanntmachungen.

Laut Anordnung des Kreisausschusses vom 3. ds. Mts. haben alle Besitzer von Zentralheizungen und Dauerbrandöfen diese mit folgenden Angaben zu melden:

1. bei Heizungen: Zahl der angeschlossenen Zimmer.
2. bei Dauerbrandöfen: Anzahl derselben.
3. Friedensverbrauch für beide Arten:
 - a) an Kohls
 - b) an Anthrazit.
4. Jetziger Vorrat:
 - a) an Kohls
 - b) an Anthrazit.

Weiterhin haben alle Schmiede, Schlosser und sonstige Betriebe, die Schmiedekohlen verwenden, folgendes anzumelden:

- a) den Jahresbedarf
- b) den jetzigen Vorrat.

Die Anmeldungen müssen bis spätestens Dienstag, den 8. ds. Mts. vormittags 12 Uhr in der Stadt. Kohlenstelle (Stadtbauamt) mündlich oder schriftlich erfolgt sein. Unvollständige oder verspätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Rüdesheim, den 5. Oktober 1918.

Der Magistrat: J. B. Rubale.

In den Geschäften

Geschwister Hirschmann, Grabenstraße und Geschwister Larius, Markt, sind ohne Bezugsschein erhältlich:

Männerschürzen aus weichen Cellulose-Stoffen, einfarbig blau, das Stück zu 4.80 M.

Frauenshürzen aus weichen Cellulose-Stoffen, einfarbig und bedruckt, das Stück zu 5.80 bis 6.75 Mark.

Rüdesheim, den 5. Oktober 1918.

Der Magistrat: J. B. Rubale.

Der Herr Regierungs-Präsident in Wiesbaden hat auf Grund des § 3 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1918 R. G. Bl. S. 281 betreff. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungs-mitteln die Polizeistunde für den Wirtschaftsbetrieb in der Zeit vom 1. Mai bis zum 31. August ds. Js. für die Gemeinden Rüdesheim, Eltville, Ah-mannshausen, Geisenheim, Winkel, Gattenheim, Dettlich, Mittelheim, Erbach und Niederwalluf auf 11 Uhr abends festgesetzt. Für alle übrigen Orte des Kreises ist die Polizeistunde an Wochentagen von Montag bis Freitags auf 10 Uhr und an den Samstagen, Sonn- und Feiertagen auf 11 Uhr abends festgesetzt. Mit dem 1. September ds. Js. tritt ohne Weiteres die bisherige Polizeistunde wieder in Kraft.

Rüdesheim, den 2. Mai 1917.

Der Königliche Landrat.

Vorstehende Bekanntmachung des Königl. Herrn Landrats bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnisnahme.

Nach dieser Bekanntmachung ist der Wirtschaftsbetrieb vom 1. September ds. Js. ab um 10 Uhr zu schließen.

Wir ersuchen daher die Gast- und Schankwirte wiederholt die Polizeistunde genau einzuhalten. Die Gäste haben sich um 10 Uhr aus den Gaststuben zu entfernen und dürfen nach dieser Zeit keine geistigen Getränke mehr verabfolgt werden.

Rüdesheim, den 5. Oktober 1918.

Die Polizeiverwaltung: J. B. Rubale.

Friedens- und Waffenstillstandsangebot.

Die deutsche Note an Wilson.

Berlin, 5. Okt. Die durch die Vermittlung der Schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen.

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongress-Votschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Annahmungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluss eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Prinz Max von Baden.

Die österreichisch-ungarische Note.

Wien, 5. Okt. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm ist gestern vom Minister des Auswärtigen beauftragt worden, die künftige schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. diese folgende Depesche an den Präsidenten Wilson zu gelangen zu lassen:

Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu gelangen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrag heran, mit ihm und seinen Verbündeten sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in den Lüften abzuschließen und in unmittelbarem Anschluss hieran in Verhandlungen über einen Friedensschluss einzutreten, für welche die 14 Punkte der Votschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongress vom 8. Januar 1918 und die 4 in der Rede des Präsidenten Wilson vom 12. Februar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September 1918 Bedacht genommen wird.

Türkische Note

Konstantinopel, 5. Okt. Die türkische Regierung sieht im Begriff, eine Friedensnote an Wilson zu überreichen.

Die Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 5. Okt.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Papen, Dr. Solf, v. Krause, Graf Nöcker, Müllin, v. Stein, Dr. Friedberg, Drews, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Bauer. Der Sitzungssaal ist vollbesetzt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Meine Herren! Seitdem wir am 13. Juli voneinander geschieden sind, sind Ereignisse eingetreten, die uns Sorge bereiten. Unsere Wehrarmee ist nach türkischer Offensive zur Defensiv- und der langsamen Rückwärtsbewegung übergegangen. Dem türkischen Andringen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker hat unsere tapfere Armee im Westen einen Wall entgegengesetzt. Wie es dem Feinde bisher nicht gelungen ist, ihn zu durchbrechen, so haben wir die Hoffnung und feste Zukunft, daß es ihm auch in Zukunft nicht gelingen wird, dieser Schutzwehr Herr zu werden. (Beifall.) Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. Im Osten haben die Armeen unserer Verbündeten, der Türkei und Bulgariens, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Bündnis ausgeschieden und hat einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern hat Graf Hertling die erbietene Entlassung aus dem Reichskanzleramt erhalten, nachdem er dieses Amt nicht ganz ein Jahr lang verwaltet hat. Im hohen Alter hat er dem wiederholten dringenden Auf des Kaisers Folge geleistet

und hat, getragen von der Mehrheit des deutschen Volkes, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten gesucht. Uebergangszeiten bergen in ihrem Schoß immer Schwierigkeiten. Sie sind auch dem Reichskanzler Graf Hertling nicht erspart geblieben. Als er sie nicht mehr meistern konnte, schied er aus dem Amte.

Vor uns steht eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler Prinz Max von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badiischen Volke, auf dem Präsidentenstuhl dem Sproß des badiischen Fürstenhauses auf dem Kanzlerplatz besonders warme heimatische Gefühle der Genugtuung und Freude ausspreche. Von der neuen Regierung hoffen wir zuversichtlich, daß sie in immer engerer Fühlungnahme im Volke und nur bedacht auf das Wohl des Volkes ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Bravo!) Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise auf die großen Taten der Vergangenheit dieser neuen Zeit kritisch, zögernd, sogar ablehnend gegenüberstehen. Von den Leistungen dieser neuen Zeit erhoffen wir eine veröhnende und klärende Wirkung. (Bravo!) Ihre Geburtsstätte ist geheiliger Boden auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben, auf den heimischen Arbeitstätten, wo jeder Deutsche ohne Unterschied alles Gut und Blut daran setzt für des Vaterlandes Wohl. (Beifall.) Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freibürgerliche Gesinnung, sein Ansehen, sein Vertrauen auf die Menschheit, die er auch während der vier furchterlichen Kriegsjahre nicht verloren hat, sind solide Grundlagen für seine künftige Wirksamkeit. (Bravo!) Den Schweregeprüften dieser Kriegsjahre, den Verwundeten und Gefangenen, ist er in warmer Anteilnahme vielfach nahegetreten und hat sich dadurch nicht nur den Dank des deutschen Volkes, sondern auch den Dank bei den Feinden erworben. Das möge auch seinen auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich sein. Möge Gottes Schutz auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstages ruhen. (Beifall.)

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Gemäß dem Kaiserl. Erlaß vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen Hertling bin ich von S. M. dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich im Reichstag ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundsätze darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Übernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, der deutschen Nation, da der Reichstag auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsche zusammengesetzt ist. Nur die Tatsache, daß ich die Überzeugung und den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ersten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines Einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke im weitesten Umfang tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner freierwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr, dem Anse des Volkes und Vaterlandes folgend, mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeitererschaft zu den höchsten Ämtern im Reich gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Masse des Volkes

getragen wird, ohne dessen Ueberzeugungstreue und Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vorn herein zum Mißlingen verurteilt wäre. Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner Amtsmitarbeiter, sondern auch

im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf das ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zur Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung Aller, also der Starken und der Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage steht es in der

völligen Wiederherstellung Belgiens,

insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu seinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es regt insbesondere an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzögerung durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehung zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

In der inneren Politik habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzogen, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden. Ich war der Ueberzeugung, daß die

Einheitlichkeit der Reichsleitung

nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. (Bravo!) Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkte des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage (Bravo!), daß sie sich zu diesem Standpunkte auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen. (Bravo!)

M. H.! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die sich aus ihm führende Männer entnimmt. (Bravo!) Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerriffene Parteileben hinausgeführt, das es sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbezweifelbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben, und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus zu bestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. (Bravo!) Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschland wie jetzt von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheitsparteien stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne

des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten. (Bravo!) Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden.

M. H.! Bleiben wir der Worte eingedenk, die der Kaiser am 1. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte:

„Wohl gibt es Parteien, aber es sind Deutsche.“

Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen, und die Verfassungen des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, sind schnell und reiflos zu erfüllen. (Beifall.) Die preussische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Beifall), und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiele entschlossen folgen werden. Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen. Ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielfaltigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge Treuverhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem Landesherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die unerschöpfliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des großen Krieges geflossen sind.

Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die Handhabung des Belagerungszustandes. Sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben des Krieges gehemmt. (Sehr richtig!) Wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, können die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verlangt. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den militärischen und den Zivilbehörden hergestellt werden, das ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungsrechts, die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidung letzten Endes unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Beifall.) In diesem Zweck wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbehörden ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1918 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte. (Bravo!) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist

von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden.

Die Stokkraft, die die Regierung in ihren Behauptungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille steht. (Sehr richtig!) Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte Taten werden. (Sehr richtig!)

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden, welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer angemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen.

Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowie der Unternehmer. Solange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich für eine warme Fürsorge um ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Bravo!) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen. (Bravo!)

M. H.! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundzüge dargelegt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundrissen aushält. Noch mehr auf Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, betrafen zwar selbstverständlich viel mehr, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigsten Punkte hier wiedergeben vermag. Ich glaube aber andererseits, daß dem hohen Hause jetzt gar nicht daran gelegen ist, meine Auffassung über Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Ansicht über den allgemeinen Geist der neuen Regierung. Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsregierung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gerne bereit, im Reichstage darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt

die Folgerungen.

Die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Ausanwendung ihrer politischen Grundzüge auf diese Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überwiegenden Feinden liegt hinter uns, Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein Jeder von uns trägt Narben, nur allzuvielen noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trotzdem sind wir aber starken Herzens und voll zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. Mit tiefer heisser Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch fernerhin in guten zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist

die Front ungebrochen.

Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen. Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung befestigt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt.

Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober durch die Vermittelung der Schweiz

eine Note an den Präsidenten von Amerika

gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu

Stürmische Wogen

Kriminal-Roman von Karl von Negerstein.

5) (Nachdruck verboten.)

Aber sie kam gar nicht dazu, ihren Satz zu vollenden, denn in demselben Augenblick ging die Tür auf, der hagere Schreiber von draußen schob sich herein und meldete mit jener geheimnisvollen Miene, die ihn niemals verließ, daß „ein Herr“ draußen sei und Herrn Heide in wichtiger Sache zu sprechen wünsche.

Wie heißt er denn? Hat er seinen Namen nicht genannt?

Nein, Herr Heide, und wenn ich mir erlauben darf, eine Meinung darüber zu äußern, so scheint es mir überhaupt ein sehr gefährliches Individuum zu sein.

Das kann ich mir denken, lieber Wendler, lachte der Detektiv auf. Sie wittern ja in jedem Menschen einen Verbrecher. Das ist ja so Ihre Natur. Aber wissen Sie was, sagen Sie dem Herrn ... oder nein, sagen Sie ihm nichts, sondern führen Sie ihn hier herein. Es ist dir doch recht, Rätche, nicht wahr?

Selbstverständlich.

Wenn Wendler übrigens jemals recht gehabt hatte, so war es hier. Der Mann, der jetzt eintrat, hatte etwas furchtbar Verführtes an sich. Es mußte ihm wohl Entsetzliches widerfahren sein. Sein Blick war verstört und

wirr und schien dem jedes anderen wie unter der drückenden Last einer Schuld ausweichen zu wollen.

„Ich ... ich wollte Herrn Heide ... allein ...“, sagte der Mann, nachdem er, auf der Türschwelle stehend, seinen unsicheren Blick durch den Raum hatte schweifen lassen, als wolle er sich erst zurechtfinden.

Mein Name ist Heide, und ich stehe Ihnen selbstverständlich auch allein zur Verfügung, obwohl meine Braut, Fräulein Field, falls Sie mich, wie ich vermute, in einer Berufung, d. h. in einer kriminalistischen Angelegenheit aufgesucht haben, uns gewiß von wesentlichem Nutzen sein kann.

Ich bitte, ich ... allerdings ... Sie kennen die Sache, wegen der ich komme, gewiß schon genau, mein Name ist ... und er suchte wie in fiebernder Hast nach einem Lätzchen, dem er seine Karte entnahm. Rätche Field aber hielt ihn zurück.

Es ist nicht nötig, daß Sie uns Ihren Namen nennen, Herr von Walter, wir kennen ihn bereits.

Hans Heide warf seiner Braut einen Blick fragenden Erstaunens zu, dem Mann aber entschlüpfte ein Ausruf der Bestürzung: „Sie ... Sie kennen mich!“ und wahre Todesangst malte sich auf seinen Zügen.

Nein, sagte Rätche Field. Ich habe Sie nie gesehen. Ich wußte nicht, wer Sie waren. Aber ... der Fall von heute — Ihre Erregung

und — das Monogramm in Ihrem Hut: C. v. W. Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um da nicht zu erraten.“

Hans Heide lächelte, und Rätche schaukelte wieder weiter. Herr von Walter aber fuhr sich mit der Hand über die Stirn, als wolle er einen bösen Druck von dort los werden, dann sagte er: „Nun, denn ja; ich bin Walter. Ich bin der, den man zweifellos für den Räuber seines Kindes und den Mörder seiner Frau hält. Jetzt ist die Meute gewiß schon hinter mir her. Und darum kam ich hierher. Her zu Ihnen, dessen Ruf mir bekannt ist. Retten Sie mich! Bewahren Sie mich vor dem Schicksal, verhaftet zu werden. Denn ich bin unschuldig, ich schwöre es Ihnen, wenn auch Sie mich gewiß für den Schuldigen halten.“

Ich nicht! sagte Rätche Field. Gerade als Sie kamen, sprach ich davon. Ich weiß, daß Sie unschuldig sind.

Und kennen auch den, der die Tat begangen?

Nein, lächelte das Mädchen, so weit sind wir noch nicht. Aber wir finden ihn noch, verlassen Sie sich auf uns. Und was Sie anbelangt, Herr von Walter, so denke ich, wird mein Bräutigam Ihren Wunsch gern erfüllen. Aber — Sie müssen uns erst einige Fragen ganz wahrheitsgetreu beantworten.“

(Fortsetzung folgt.)

beretung
bände so
deutsche
werde ich
wohl mit
der in un
werde ich
annehmen.

es Pro
dargelegt
anregung
Angelegen
heiten
rath. Die
Defommen
betrafen
in meiner
n Punkte
ube aber
gar nicht
er Neben
ende ist
Ankunft
regierung
ann ohne
regierung
elt. Ich
in Reichs
noch ge

gen Zeit
aus der
Anwendung
georgien
Ningens
wiegenden
schwerster
Jeder von
ene Bun
der Seele
Freiheit
Körper
und vol
kraft ent
und für
schwerer
ist. Mit
unserer
Führung
entschieden
ten fider
fernerhin
nen liegt
ge furcht
dem un
das als
lichte des
Seiten, ist

Zuver
wir von
echt sind
darüber
Ningens
Zeitpunkt
fluß des
nicht be
um heu
Förde
stützt auf
Stellen
mit und
der Nacht
mitteltung

von
Führung
d hierzu

te:
zu,
elte
abr
lle
en,
ter.
den
ner
on
er.
ist.
vor
um
men

ade
is,
be

eit
hn
as
er,
ge

mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil jener in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen anderen Kundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können.

Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zur Erreichung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vorträgt, sich völlig mit der allgemeinen Vorstellung in Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weiter überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.

Was mich selbst betrifft, so können meine früheren vor einem anderen Hörerkreis gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keine Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsangelegenheiten beauftragt worden bin. Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Frieden für die gesamte Menschheit.

(Bravo!), und ich glaube, daß ein solcher Frieden zugleich auch der feste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. (Bravo!) Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt somit ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und beachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes versetzt und die in mir zugleich auch das feste

Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Eingebung fähigen Volke und seiner ruhmvollen Beherrschung

bezeugt, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge, ich weiß, daß es Deutschland zu entschlossen und einig finden wird, sowohl in einem redlichen Frieden, der jede eigenständige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch in dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne unser eigenes Verschulden gezwungen wird, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.

Rein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch heute noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderstehliche Ueberzeugung, um nur nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. Ich lasse aber, um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen. Dann wäre der Weg für einen baldigen, ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Die Ausführungen, die wir von dem Herrn Reichskanzler hören vernommen haben, werden Gegenstand eingehender Erörterung in den nächsten Sitzungen sein. Aber über das Friedensangebot an den Präsidenten Wilson gestatten Sie mir ein kurzes Wort: Friede, welcher tröstendes hoffnungsvolles Wort! Es würde die Erlösung der Menschheit von einer Qual von Jahren bedeuten. Frauen und Kinder würden diesen Frieden, wenn auch unter Tränen begrüßen, und unsere Soldaten würden es begreifen, wenn sie im harten Kampfe einem willkürlichen Frieden der Verhandlung die Wege geebnet haben, der allein die Garantie der Dauer in sich trägt. Unser Volk mit dem Stolz auf sein kampferprobtes Heer und auf seine tapfere Marine. Das deutsche Volk steht ebenso wie alle anderen Völker den Frieden herbei, der jedem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch nur unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet, und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritte einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafte Zustimmung.) — Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr zunächst das Bedürfnis haben, sich in einem Meinungsaustausch über die Idee des Kanzlers selbst zu besprechen. Ich schlage daher deshalb vor, sich zu vertagen und den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung bald einzuberufen, nachdem diese Beratungen beendet sein werden.

Abg. H. a. e. (Unabh. Soz.): Namens meiner Fraktion widerspreche ich dem Vorschlag des Reichskanzlers zu erörtern und dafür eine Sitzung am Montag anzuberaumen. Das Waffenstillstandsangebot und die Erklärungen um die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen sind von weitestgehender Bedeutung. Diese Angelegenheiten verdienen unsere Aufmerksamkeit.

Abg. E. b. a. (Soz.): Wir widersprechen ebenfalls der Vertagung und beantragen, sofort die Diskussion über die Rede des Reichskanzlers zu eröffnen. Abg. E. b. e. (Soz.): Aufgabe des Reichstags ist es, zu tun, was die Förderung des Friedens erfordert. Wir haben durch den Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir dem Friedensschritt der neuen Regierung unsere Zustimmung geben. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wird darauf gerichtet sein, welches

Ergebnis dieser Schritt haben wird, und wir dürfen nichts tun, was geeignet ist, diesen Schritt zu gefährden. Der Präsident will nur für einige Tage die Plenarverhandlungen aussetzen, um zu sehen, welche Wirkungen der Friedensschritt auslösen wird, und ich bin sehr überzeugt: Draußen im Volke wird jeder Einzelne verstehen, daß es gerade im Interesse des Volkes gelegen ist, so zu verfahren. (Stürmische Zustimmung.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Polen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Der Kaiser an Heer und Marine.

Berlin, 5. Okt. (W. B. Amtlich.) S. M. der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine gerichtet:

„An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen eure Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müßt ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenem Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die euch gestellt ist und die ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden heldenhaft das Vaterland.

Hart ist der Stand Meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen, und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage euch Meinen und des Vaterlandes Dank.

Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front.

Ich habe mich im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, entschlossen, dem Feinde nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin.

Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen, wie bisher, alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir fühlen uns, im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe, stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.“

Holland als Friedensvermittler?

Amsterdam, 4. Okt. Die Blätter melden, daß die entscheidende Vorbereitung zu einem Friedensschritt der Niederlande in der Sitzung des niederländischen Staatsministeriums am letzten Montag stattgefunden habe. Der Schritt der niederländischen Regierung beziehe in der Einladung an die Kriegführenden, ihre Bedingungen zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch bekannt zu geben.

Die „Times“ schreibt, daß der holländische Gesandte am Freitagmittag von Lord George empfangen wurde. Unmittelbar darauf wurde ein Ministerrat einberufen.

Die „Daily News“ faßt: Drei große Friedensmomente werden die englische Note an Österreich-Ungarn, die Note der Niederlande an die Kriegführenden und hoffentlich die bevorstehende Rede des neuen deutschen Reichskanzlers im Reichstage sein.

Wilson und die österreichisch-ungarische Note

Lugano, 4. Okt. Dem „Corriere della Sera“ wird aus New York gemeldet: Präsident Wilson wird am 14. Oktober im Senat sprechen und nochmals auf die österreichisch-ungarische Note eingehen, um sich nicht jede Möglichkeit zu nehmen, den Weg zu einem Frieden angebahnt zu haben. Nach einer Erklärung Lausings im Senatsauschuß ist die Voraussetzung einer Verhandlung mit dem Feinde, daß keiner der Männer in der Leitung eines Staates mehr sitzt, die den Krieg mitverschuldet haben.

Die englische Antwort an Burian

Die Antwort der englischen Regierung auf die letzte Note des Grafen Burian ist in Wien eingetroffen. Dem Vernehmen nach ist die Note in holländischem Ton gehalten und fordert die österreichisch-ungarische Regierung auf, ihre Friedensvorschläge näher zu präzisieren. In Wiener politischen Kreisen wird behauptet, daß in nächster Zeit Professor Hofrat Pammatsch mit der Mission betraut werden soll, ein Memorandum über die 14 Punkte Wilsons auszuarbeiten. Das Memorandum soll dann dem Präsidenten Wilson übermittelt werden.

Berlin, 6. Okt. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Ansprache des Reichstagspräsidenten, die unter den jetzigen Verhältnissen einer Regierungshandlung nahezuweisen ist, hat die Lage, die sich jetzt am Ende des Krieges ergibt, klar genug gekennzeichnet. Ihr Inhalt läßt sich knapp dahin zusammenfassen, daß der Bund der Mittelmächte im Verfall begriffen ist, während die gegen uns vereinigten Westmächte noch fest zusammenstehen und die langsame Rückwärtsbewegung unserer ungebrochenen Westfront trotz aller Zuversicht in ihre unerschütterliche Widerstandskraft mit Sorge betrachtet wird.“ — Nach weiterer Mitteilung hatten Österreich und auch die Türkei die Absicht, dem Präsidenten Wilson einen Waffenstillstands-vorschlag zu unterbreiten.

Thronwechsel in Sofia.

Sofia, 5. Okt. König Ferdinand hat vorgestern zu Gunsten des Kronprinzen Boris abgedankt. König Boris trat die Regierung an.

König (Zar) Ferdinand ist am 26. Februar 1861 in Wien als Sohn des Prinzen August von Sachsen-Coburg-Gotha geboren. Am 7. Juli 1887 wählte die bulgarische Nationalversammlung den Prinzen Ferdinand zum Fürsten. Am 8. Oktober 1899 proklamierte der Fürst Bulgarien zum Königreich und sich selbst zum König.

Der Transsylvanien-Gesellschaft geht aus Sofia unterm 2. Oktober folgende Meldung zu:

Bulgariens Waffenstillstand ist heute unterzeichnet worden. Die offizielle Veröffentlichung dieses Schrittes und der Bedingungen erfolgt am 4. Oktober in der Sobranje. Ueber die

Friedensbedingungen

verlautet folgendes:

1. Demobilisierung des bulgarischen Heeres bis auf eine, nach anderen Mitteilungen zwei Divisionen. Die westlich des Meridian von Skopje befindlichen bulgarischen Truppen werden in Kriegsgefangenschaft überführt.
2. Räumung aller seit 1915 besetzten fremden Gebiete, doch erhält Bulgarien voraussichtlich die Dobrudscha bis Kabanin. Die mazedonische Frage bleibt offen bis zu dem allgemeinen Friedenskongreß.
3. Abzug aller Deutschen und Österreicher binnen vier Wochen.
4. Die Unverletzlichkeit Altbulgariens wird garantiert, ebenso seine Souveränität.

Ein Erlaß

Der Staatssekretär des Kriegs- und Ernährungsamtes hat an sämtliche ihm unterstellten Kriegshellen und Kriegsgesellschaften nachstehenden Erlaß gerichtet:

Die dem deutschen Volke durch den Krieg aufgedrungene zwangsläufige Ernährungswirtschaft mit ihren scharfen Eingriffen in das Recht jedes Einzelnen wird, je länger sie dauert, um so mehr als drückende Last empfunden. Es ist deshalb vornehmste Pflicht aller mit der Ernährungswirtschaft betrauten Stellen, diese Last möglichst erträglich zu gestalten. Erforderlich ist insbesondere hilfsbereites und verständnisvolles Entgegenkommen im mündlichen und schriftlichen Verkehr.

Die Fülle der Verordnungen und die große Zahl der im Kriege entfallenden Dienststellen macht es für die Bevölkerung besonders schwierig, sich der Kriegsgesetzgebung anzupassen. Es ist daher Pflicht der an der Durchführung der Verordnungen mitwirkenden Beamten und Angestellten, an sie herantretenden Bürgern nach Auskunft über Inhalt und Sinn der Vorschriften hilfsbereit zu entsprechen. Gesuchsteller, welche nicht den richtigen Weg für die Erledigung ihrer mündlichen Anträge gefunden haben, dürfen nicht abgewiesen werden, sondern sind über die zuständige Stelle aufzuklären. Unrichtig adressierte Anträge sind nicht zurückzugeben, sondern unter Benachrichtigung des Einsenders an die richtige Stelle weiterzusenden. Wird den Wünschen der Bevölkerung nach Rat und Auskunft mehr wie bisher Rechnung getragen, so wird dadurch das Vertrauen in die Kriegsgesetzgebung gestärkt, und es wird damit auch den Behörden die Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe erleichtert werden.

Dankbar erkenne ich die hingebende und treue Mitarbeit der mir nachgeordneten Kriegshellen und Kriegsgesellschaften an. Ich vertraue aber auch, daß sie bei Erfüllung ihrer Aufgaben dauernd bemüht sein werden, zur Aufrechterhaltung einer opferwilligen und zum standhaften Durchhalten entschlossenen Stimmung in der Bevölkerung beizutragen. Den Beamten und Angestellten erlaube ich von dem Inhalt des Erlasses Kenntnis zu geben.

von Waldow.

Jeder muß sein Scherflein bringen,
Soll der Endsieg uns gelingen;
Darum Alle, wer's auch sei,
Zeichnet fleißig Kriegsanleihe!

Bermischte Nachrichten.

* **Rüdesheim, 6. Okt.** Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, wird die Volksschule in der „Turnhalle“ einen Unterhaltungsabend veranstalten.

* **Rüdesheim, 7. Okt.** (Delmühle und Buchedern.) Alle Delmühlen, die vom Kriegsernährungsamt zur Verarbeitung von Delfrüchten zugelassen sind, können Buchedern schälen. Dieser Herbst bringt nun erfreulicher Weise eine ausnehmend große Buchedernernte und das dürfte zur Folge haben, daß mehr Mühlen zur Delgewinnung herangezogen sind. Die Besitzer solcher Mühlen haben nur den entsprechenden Antrag an ihren Kommunalverband zu stellen, der ihn zur Begutachtung dem zuständigen Kriegswirtschaftsamt übergibt. Von dort geht er an den Kriegsausschuß für Oel und Fette, der letzter Hand darüber entscheidet. Da die Buchedernzeit bald vorüber ist, werden die Mühlenbesitzer gut tun, den Antrag möglichst rasch einzureichen. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Buchedern, welche zuerst auf den Boden fallen für die Delgewinnung meist wertlos sind, da sie entweder taub (leer), von Insekten beschädigt, oder noch nicht ausgereift sind. Die gesunden Ederu bleiben etwas länger in ihren Fruchtbechern hängen, kommen aber später bei sonnigem Herbstwetter oder schließlich nach den ersten Nachfrösten in großen Mengen zu Boden.

* **Rüdesheim, 7. Okt.** Nach einer Bekanntmachung des Landeshauptmanns in Nassau im letzten Regierungs-Anzeiger ist an Stelle des Landesbankgesetzes vom 16. 4. 1902 die vom Kommunalverband in seiner Sitzung vom 8. 5. ds. Jrs. beschlossene und durch Königl. Verordnung vom 5. 9. ds. Jrs. genehmigte Satzung der Nassauischen Landesbank und Sparkasse getreten. Da die bisherige Regelung der Verwaltung und des Geschäftskreises der beiden Anstalten auf einem preussischen Gesetz beruhte, so konnten Änderungen auch nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Die jetzige Regelung durch eine Satzung ermöglicht die schnellere Anpassung an veränderte Verhältnisse. Die neue Satzung bringt gegen-

über dem bisherigen Zustande die Ausdehnung der Beleihungsgrenze für 1. Hypotheken bis zu 60 % des Wertes und die Ermächtigung zur Ausleihung 2. Hypotheken bis zu 75 % des Wertes gegen Bürgschaft einer öffentlichen Körperschaft. Hiermit ist den Wünschen der Haus- und Grundbesitzer des Regierungsbezirks nach einer Erweiterung der hypothekarischen Beleihungen Rechnung getragen.

* **Rüdesheim, 7. Okt.** Am 5. Oktober 1918 tritt eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Ferngläsern sowie von Objektiven für Photographie und Projektion Nr. Bst. 200/10. 18. R. N. A. in Kraft. Es werden Prismenfernrohre, Ziel- und terrestrische Ferngläser aller Art, galileische Gläser mit einer Vergrößerung von 4mal und darüber sowie die optischen Teile aller vorgenannten Gläser, ferner anastigmatische Objektive für Photographie und Projektion, deren vordere Linse Öffnung 55 mm übersteigt, sofern ihre Lichtstärke gleich oder größer als 1:6,0 ist, beschlagnahmt. Die Gegenstände dürfen zu ihrem bisherigen Zweck weiterverwendet werden. Ihre Veräußerung und Lieferung ist jedoch nur beschränkt zulässig. Die Veräußerungsgenehmigung wird, soweit sie erforderlich ist, für anastigmatische Objektive für Photographie und Projektion durch die Inspektion des Lichtbildwesens, Berlin W 35, Gen.-thiner Straße 34, im übrigen durch das Waffen- und Munitions-Beschaffungsamt, Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194, erteilt. Wer gewerbmäßig derartige Gegenstände feil hält, hat ein Vagerbuch zu führen. Das von den Militärbefehlshabern im Jahre 1916 erlassene Verbot des Verkaufs von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion wird durch die neue Bekanntmachung aufgehoben. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern einzusehen.

* **Rüdesheim, 7. Okt.** Behufs Veranlagung der Einkommen- und Ergänzungssteuer für das Steuerjahr 1919 soll eine vollständige Aufnahme des Personenstandes am 15. Oktober ds. Jrs. stattfinden. Zu diesem Zweck werden sämtlichen Hausbesitzern oder ihren Stellvertretern die erforderlichen Vordrucke zugehellt werden. Die Abholung der auszufüllenden

Formen erfolgt vom 15. Oktober ds. Jrs. ab. Dafür, daß alle auf dem Grundstück vorhandenen Personen angegeben werden, haften die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter. Für die richtige Angabe der zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter sind die Haushaltungsvorstände verantwortlich.

Aus dem Rheingau, 5. Okt. Mit den Trauben geht es bei dem herrschenden ungünstigen Wetter nur ganz langsam voran. Man muß sich wohl damit abfinden, daß auch die Menge durch das jetzige Wetter beeinträchtigt wie es die Güte ganz sicher ist. Mehr als einen mittleren Ertrag kann man sicher nicht erwarten und wenn es nicht anders wird, kommt auch dieser nicht herein. Bezüglich der Güte tut man gut, die Erwartungen recht tief einzustellen.

Diebrich, 4. Okt. Aus einer Sandgrube wurden kürzlich etwa 900 Ziegelsteine gestohlen. Der Geschädigte hat nun nachträglich festgestellt, daß ein Eisenbahngelände mit den gestohlenen Steinen sich einen Ziegelstall hat erbauen lassen und erstattete daher Anzeige.

— Aus Rheinhessen, 5. Okt. Der viele Regen der letzten Zeit ist für die Entwicklung der Güte der Trauben keinesfalls von Vorteil, ebenso leidet darunter die Menge, denn daß unter diesen Verhältnissen die Rohsäule Raum gewinnt, liegt auf der Hand. Es bleibt abzuwarten, was unter diesen Verhältnissen bei der Lese herauskommen wird. Diese wird wohl nicht lange auf sich warten lassen. Die Ernte der Portugiesentrauben ist beendet. Sie hat natürlich wieder sehr hohe Preise gebracht.

Stempel, in jeder Ausführung und Größe werden preiswert und schnellstens geliefert von **A. Meier :: Rüdesheim.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Meier.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer nun in Gott ruhenden lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elisabeth Ludwig

geb. Hy

für die zahlreiche Leichenbegleitung und herrlichen Kranzspenden sprechen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank aus.

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Otilie Trapp.

Rüdesheim a. Rh., den 7. Oktober 1918.

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch ständiges Trommelfeuer die Meldungen, aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Mirebal-Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachbreitern in Hundeschulen ausgebildet und im Lebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Meldehundschulen sind zu richten: an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin W, Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde.

Am 5. Oktober 1918 ist eine Bekanntmachung Nr. Bst. 200/10. 18. R. N. A., betreffend „Beschlagnahme von Ferngläsern sowie von Objektiven für Photographie und Projektion“, erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.
Das Gouvernement der Festung Mainz.

Deutscher Geist!

Unbeschreiblich erhaben ist das, was unser Volk vollbracht hat. Gewaltig war der Opfermut, beispiellos der Geist, der alles befeelte. Er befähigte unser tapferes Heer zu den glänzenden Waffentaten gegen den überlegenen Feind. Deutscher Geist führt deutsches Schwert zur Achter Tat, wenn die Heimat die Kraft dieses Geistes vereint. Zeichnet die Kriegsangehörigen!



Zahn-Atelier Rüdesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10—12 und 2—5 Uhr.
mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.
Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 230.

Rasche, Dentist.

Ein großer Ofen

zu verkaufen.
Friedrichstraße 22.

Taschenpiste

: empfiehlt :
A. Meier
Rüdesheim.

Mädchen

oder Frau für 2 1/2 bis 3 Stunden vorm. gesucht.
Oberdörfer
Eibingerstr. 121.